



# GÖTTINGER BLÄTTER

03.2020

Herausgeber: Die LINKE. ☆ Rotes Zentrum e.V. ☆ DKP ☆ FG BRD-Cuba ☆ VVN/BDA ☆ GROBIAN ☆ Göttinger Linke

## ► Gegen Mietenwahnsinn und Verdrängung

**Aktionstag 28. März, 13.00 Uhr**

Das „Aktionsbündnis gegen Mietenwahnsinn und Verdrängung“, ein bundesweiter Zusammenschluss von Mieterinnen- und Mieterinitiativen und Recht auf Stadt-Gruppen, ruft dazu auf, sich am Samstag, 28. März 2020, in möglichst vielen deutschen Städten am internationalen „Housing Action Day“ zu beteiligen. Unter dem Motto „Wohnen für Menschen statt für Profite!“ werden an diesem Tag in ganz Europa Initiativen und Gruppen gegen steigende Mieten, Verdrängungsprozesse und Zwangsräumungen auf die Straße gehen.

„Der Ausverkauf der Städte im Interesse einiger weniger ist kein Naturgesetz, sondern die Konsequenz eines ungehemmten Wirtschaftssystems und einer Politik, die ihren Kompass der sozialen Verantwortung verloren zu haben scheint“, heißt es im Aufruf, den bisher 60 Initiativen und Organisationen aus insgesamt 26 Städten unterzeichnet haben. Sie fordern unter anderem „ein grundlegend anderes Miethöhenrecht“ und demokratische Mitbestimmung der Mieterinnen und Mieter, ein Ende von Zwangsräumungen und die Legalisierung von Besetzungen, eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit und eine solidarische und ökologische Stadtentwicklung.

In vielen deutschen Städten haben Mieterinnen- und Mieterinitiativen und Recht auf Stadt-Gruppen mit den Planungen für den dezentralen Aktionstag begonnen. Neben dem Protest gegen die herrschende Wohnungspolitik sollen dabei auch solidarische Alternativen sichtbar gemacht werden.

Das „Aktionsbündnis gegen Mietenwahnsinn und Verdrängung“ hat sich im August 2019 in Göttingen gegründet, um die bundesweite Zusammenarbeit außerparlamentarischer Mieterinnen- und Mieterinitiativen und Recht auf Stadt-Gruppen zu fördern und für eine grundlegende Wende in der Wohnungspolitik zu kämpfen.

### im Internet

[https://www.goettinger-linke.de/goeblae\\_2019.php](https://www.goettinger-linke.de/goeblae_2019.php)

### Kontakt

POST: Göttinger Blätter  
Lange Geismarstraße 2  
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen  
Telefon: 0551/67065

### Inhalt

Mietenwahnsinn	1
VVN	2
FG Cuba	3
DKP	4
Grobian	5
DIE LINKE. Termine	6
DIE LINKE. im Kreistag	7
Die LINKE. Kreisverband	8
Rotes Zentrum e.V.	9
Göttinger Linke	10
GÖLinke Ratsinfo	11
Thüringenwahl	12

### Redaktionsschluss

für die Ausgabe 04.2020  
ist der 20. März.  
Auslieferung am 26. März.

## Veranstaltungen im März

### 7. März: Aktionstag „Schule ohne Bundeswehr“

Zum diesjährigen GöBIT in der Lokhalle, bei dem die Bundeswehr wieder Minderjährige rekrutieren will, rufen das Friedensforum und die Gruppe „Schule ohne Bundeswehr“ zum Aktionstag auf.

**Treffpunkt: 10.00 Uhr vor der Lokhalle**

### 14. März: Fahrrad-Demo „Mietenwahnsinn“

Akteure aus dem Bündnis „Gutes Wohnen für alle“ besuchen einige Miethäuser in Göttingen: Coreo, Basil, Vonova, ADLER

**Treffpunkt: 12.00 Uhr, Obere Masch 10 – Veranstalter: Bündnis „Gutes Wohnen für alle“**

### 23. März: Neue Häuser braucht das Land – Landeswohnbaugesellschaft und weitere Konzepte für Stadt und Land

Podiumsdiskussion mit Sebastian Meise (DGB), städt. Wohnungsbau, Kreiswohnbau u.a.

**18.00 Uhr, Foyer Junges Theater – Veranstalter: DGB, Bündnis „Gutes Wohnen für alle“**

### 24. März: Ökologie und Frieden, Vortrag u. Diskussion mit Prof. Schefrahn, Hamburg

**19.00 Uhr, Holbornsches Haus; – Veranstalter: Friedensforum, attac**

### 25. März: Klimakrise – Mobilitätskrise – Bahn-Krise

Buchvorstellung: „Abgefahren. Warum wir eine neue Bahnpolitik brauchen“ Veranstaltung mit Winfried Wolf

**Roter Buchladen, in Göttingen, Nikolaikirchhof 7, 19.30 Uhr**

**Veranstalter: attac, „Bündnis Bahn für alle“**

### 28. März: Aktionstag Mietenwahnsinn

**Kundgebung am Gänseliesel 13 Uhr (Notfall Kornmarkt)**



# Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Internet: [www.goettingen.vvn-bda.de](http://www.goettingen.vvn-bda.de) • Email: [vvn-goettingen@secarts.org](mailto:vvn-goettingen@secarts.org)

## ► Offener Brief der Auschwitz-Überlebenden Esther Bejarano an den Bundesminister der Finanzen

Seit 2008 bin ich die Ehrenvorsitzende der VVN-BdA, der gemeinnützigen Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten, gegründet 1947 von Überlebenden der Konzentrationslager und NS-Verfolgten. Für uns Überlebende ist es unerträglich, wenn heute wieder Nazi-Parolen gebrüllt, wenn jüdische Menschen und Synagogen angegriffen werden, wenn Menschen durch die Straßen gejagt und bedroht werden, wenn Todeslisten kursieren und extreme Rechte nicht mal mehr vor Angriffen gegen Vertreter des Staates zurückschrecken.

Das Haus brennt – und Sie sperren die Feuerwehr aus und wollen der größten und ältesten antifaschistischen Vereinigung im Land die Arbeit unmöglich machen? „Die Bundesrepublik ist ein anderes, besseres Deutschland geworden“, hatten mir Freunde versichert, bevor ich vor fast 60 Jahren mit meiner Familie aus Israel nach Deutschland zurückgekehrt bin.

Alten und neuen Nazis bin ich hier trotzdem begegnet. Aber hier habe ich verlässliche Freunde gefunden, Menschen, die im Widerstand gegen den NS gekämpft haben, die Antifaschistinnen und Antifaschisten. Nur ihnen konnte ich vertrauen.

In den vergangenen Jahrzehnten habe ich viele Auszeichnungen und Ehrungen erhalten. Mein zweites Bundesverdienstkreuz, das Große, haben Sie mir im Jahr 2012 persönlich feierlich überreicht, eine Ehrung für hervorragende Verdienste um das Gemeinwohl, hieß es da. Wer Medaillen an Shoah-Überlebende vergibt, übernimmt auch eine Verpflichtung. Eine Verpflichtung für das gemeinsame NIE WIEDER, das unserer Arbeit zugrunde liegt.

Und nun frage ich Sie: Was kann gemeinnütziger sein, als diesen Kampf zu führen?

### Duderstadt bei Kriegsende im April 1945 – Ende der NS-Herrschaft

Am 9. April 1945 kamen amerikanische Soldaten nach Duderstadt und vertrieben die letzten Wehrmachtssoldaten. Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene wurden befreit und die NS-Stadtverwaltung abgesetzt. Die Befreiung vom Nationalsozialismus und die ersten Entscheidungen für neue demokratische Strukturen sind die Schwerpunkte der Stadtrundfahrt.

Wir möchten Sie herzlich zu einer Radtour durch diesen Teil der Duderstädter Geschichte einladen. Das Rathaus, die Ziegelei Bernhard, KZ-Außenlager und der Garten in der Christian-Blank-Straße, in dem die Synagoge stand, werden wir mit dem Fahrrad abfahren.

Jeweils an diesen Orten wird Hans Georg Schwedhelm die damaligen Ereignisse schildern. Da die Stationen für einen Fußweg zu weit sind, haben wir uns für das Fahrrad entschieden.

**Die Rundfahrt mit dem Fahrrad beginnt am Sonntag, den 05. April 2020, um 14.00 Uhr vor dem historischen Rathaus Duderstadt, Marktstraße.**

Folgende Stationen sind geplant: Rathaus Duderstadt – Kriegsgefangenenlager Ziegelei Bernhard – KZ-Außenlager von

Buchenwald auf dem Euzenberg – Jüdische Gemeinde Duderstadt. Anmeldungen sind nicht notwendig. Kosten entstehen nicht.

Die Radtour ist bis 16:00 Uhr geplant. *Eine Veranstaltung des „Bündnisses gegen rechts – Duderstadt bleibt bunt“.*

### Zwischen Antifeminismus und Rassismus - womit spricht die extreme Rechte Frauen an?

**Dienstag, 24.03.2020, 17:30 Uhr**  
im Veranstaltungsraum des DGB,  
Weender Landstr. 6, 37073 Göttingen

Referentin: Kristin Harney, Mobile Beratung Niedersachsen gegen Rechtsextremismus für Demokratie  
*Eine Veranstaltung des Bildungswerks ver.di im Rahmen der After-Work-Bildung.*

### Juden und Judentum in der Geschichte der Universität

Vortrag von Prof. Dr. Berndt Schaller  
**Mittwoch, 18. März 2020, 18:00 Uhr**  
Vortragsaal im Städtischen Museum,  
Ritterplan 7/8, Göttingen

Die Universität Göttingen, 1734/37 nach dem Vorbild von Halle bewusst als Universität der Aufklärung begründet, hat von ihren Anfängen an auch Juden zum Studium

zugelassen. Dem Verständnis und den Vorbehalten gegenüber dem Judentum bei der Göttinger Universität und Göttinger Gelehrten ist Professor Schaller in seinen Recherchen ebenso nachgegangen wie der Haltung von Professoren und Studentenschaft zu den Fragen der Gleichberechtigung jüdischer Mitbürger in den Jahren des Kaiserreichs und der Weimarer Republik. Die Zusammenfassung seiner langjährigen Forschungen verbindet Professor Schaller in seinem Vortrag mit Folgerungen für unsere Gegenwart.

*Eine Veranstaltung der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Göttingen in Kooperation mit dem Geschichtsverein Göttingen.*

### „Jedem das Seine“! Das KZ Buchenwald

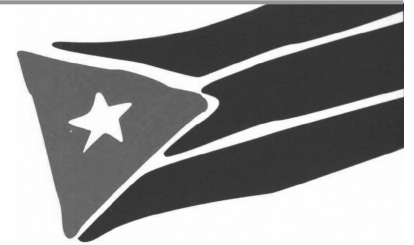
Vortrag von Dr. Ulrich Schneider, Bundessprecher der VVN-BdA und Geschäftsführer der Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora

**Freitag, 27. März 2020, 19:00 Uhr**

Saal der Roten Hilfe e.V.,  
Lange-Geismar-Straße 3, Göttingen  
*Eine Veranstaltung des Ortsverbands der Partei DIE LINKE Göttingen und der LeserInneninitiative der Tageszeitung „junge Welt“ anlässlich des 75. Jahrestags der Selbstbefreiung Buchenwalds am 11. April 1945. Unterstützt durch die VVN-BdA Kreisvereinigung Göttingen.*

# Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen  
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de



unser Kooperations-  
u. Bildungspartner:

Verein Niedersächsischer  
**BILDUNGSINITIATIVEN** e.V.

## Mitgliederversammlung

am 10. März um 20.00 Uhr im Berliner Hof

### ▶ Laut Bericht von Global Digital 2020 liegt in Kuba Internetverbreitung in der Bevölkerung weltweit über dem Durchschnitt

Autor: Randy Alonso Falcón | informacion@granma.cu

**Als Ergebnis des Prozesses der Computerisierung unserer Gesellschaft wächst die Präsenz der Kubaner im öffentlichen digitalen Raums spiralförmig an. In Kuba liegt heute die Verbreitung des Internets in der Bevölkerung über dem weltweiten Durchschnitt**

Das geht aus dem Bericht Digital 2020 über digitale Tendenzen und soziale Netze in der ganzen Welt hervor, den seit neun Jahren die in sozialen Medien spezialisierte Agentur We Are Social zusammen mit Hootsuite, der international für das Management sozialer Netze benutzten Plattform, erarbeitet.

Wie aus dem jüngst bekanntgewordenen Bericht hervorgeht, der auf den Zahlen des Jahres 2019 basiert, sind bereits 7,1 Millionen Kubaner mit dem Internet verbunden, 63 % der Bevölkerung des Lands. Weltweit gesehen haben 59 % der Einwohner des Planeten eine Internetverbindung.

Zum ersten Mal weist Kuba eine Verbreitungsrate auf, die über der der Welt insgesamt liegt.

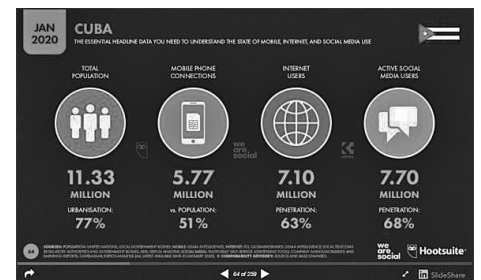
Es war ein großer Sprung. Vor wenigen Jahren noch war das Land am hinteren Ende der Statistiken über Internetverbin-

dungen in der Welt zu finden. Im Jahr 2000, als man damit begann, Computer in unseren Schulen zu installieren, hatte Kuba eine Verbreitung von kaum 0,5 %. Zu Beginn des jetzigen Jahrzehnts, im Jahr 2011, lag diese Rate bei nur 16 %, wie damals die Website Internet Live Stats meldete.

In acht Jahren hat sich diese Zahl fast vervierfacht und jetzt wird das Land bereits über dem weltweit verzeichneten Durchschnitt angesiedelt.

Ende 2018 gab es in Kuba 647 000 Internetverbindungen, das sind 56% seiner Bevölkerung. Von Jan. 2019 bis Jan. 2020 kamen in Kuba 630 000 neue Internetbenutzer hinzu, ein Wachstum von über 7 %.

Eine bemerkenswerte Auswirkung auf diese Demokratisierung des Internetzugangs im Land hat der Ausbau der mobilen Datendienste (trotz unzureichender Infrastruktur und hoher Preise).



Ende 2019 gab ETECSA bekannt, dass, kaum ein Jahr nach Bereitstellung der Dienstleistung, schon 3.7 Millionen mobile Linien mit Datenzugang existierten. Wahrscheinlich ist diese Zahl noch nicht ganz im Bericht Digital 2020 berücksichtigt.

Kuba kommt weiter beim Zugang zur digitalen Welt voran, denn dies ist der politische Wille des Staates. Es bleibt noch viel zu tun, was den Zugang, die Inhalte und die Nutzung angeht, aber man ist auf dem Weg.

### Interferon alfa 2B:

### ▶ Das kubanische Medikament, das in China gegen das Coronavirus Anwendung findet

Die chinesische Gesundheitskommission wählte das rekombinante Interferon alfa 2B (IFNrec), ein in der kubanischen Biotechnologie-Industrie hergestelltes antivirales Arzneimittel, zur Verwendung bei der Bekämpfung des Coronavirus aus. Bisher sind mehr als 28.000 Menschen von der Krankheit betroffen und 563 Infizierte starben

„Das chinesisch-kubanische Werk Changheber in Jilin produziert seit dem ersten Tag des Neuen Mondjahres Interferon alpha (IFNrec) mit kubanischer Technologie. Die chinesische Gesund-

heitskommission hat unser Produkt unter denen ausgewählt, die im Kampf gegen das Coronavirus verwendet werden“, bestätigte die kubanische Präsidentschaft auf ihrem Twitter-Konto.

Laut dem kubanischen Botschafter in China, Carlos Miguel Pereira, begann das



Joint-Venture-Unternehmen Changheber am 25. Januar mit der Herstellung des kubanischen Arzneimittels, wobei „sein Potenzial zur Heilung der Atemwegserkrankung“ berücksichtigt wurde.

Laut Fachleuten wird IFNrec gegen durch HIV verursachte Virusinfektionen angewendet, sowie gegen rezidivierende respiratorische Papillomatosen, die durch humane Papillomviren, akkumulierte Kondylome und Hepatitis B und C verursacht werden. Darüber hinaus ist es bei Therapien gegen verschiedene Krebsarten wirksam. (Aus Sputnik)



# Deutsche Kommunistische Partei

## Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, dkpgoettingende.wordpress.com , goettingen@dkp-niedersachsen.de

## ► Krieg als Geschäftsmodell

**13.02.2020:** Während die Welt um die Jahreswende in Sorge um einen neuen, katastrophalen Krieg in Nahost den Atem anhielt, ließen die CEOs und Shareholder der weltweit größten Rüstungskonzerne die Sektkorken knallen. Allein die fünf größten US-Waffenfabrikanten konnten in wenigen Tagen den Wert ihrer Unternehmen um 20,7 Milliarden US-Dollar steigern.

Autor: Jakob Reimann, erschienen am 11. Januar 2020 auf <http://justicenow.de>  
Dort ist der komplette Artikel nachzulesen.

Um die Jahreswende eskalierten in Nahost die Spannungen zwischen den USA und dem Iran. (...) Entgegen den Beteuerungen der Trump-Administration, die völkerrechtswidrige Hinrichtung von General Qassem Soleimani hätte die Welt zu „einem sichereren Ort“ gemacht, ist das genaue Gegenteil der Fall. (...)

Es gibt nur Verlierer in diesem Spiel mit dem Feuer. So scheint es. Doch ist auch dieser Satz nicht ganz korrekt, denn: Einen Gewinner gibt es schon (...) Die Rüstungsindustrie. Ich kann mir kaum einen verwerflicheren, moralisch bankrotteren Beruf vorstellen als jenen all der Frauen und Männer dieser Welt, die mit dem Verkauf von Panzern und Raketen, von Drohnen, Gewehren und Giftgas ihr täglich Brot verdienen. Diese Menschen sind kein Teil der zivilisierten Gesellschaft, sie sind Misanthropen, Menschenfeinde, die sich mit dem Mord an Unschuldigen ihre Taschen füllen, und als genau das öffentlich geächtet werden müssen: als Komplizen an Massenmord.

Auf „Markets Insider“ (...) vom Axel Springer Verlag, finden sich minutenaktualisiert die Börsenwerte der Konzerne dieser Welt. Ich habe mir die Marktentwicklungen der zehn umsatzstärksten Rüstungskonzerne der Welt (...) um die Jahreswende genauer angesehen (...)

und konnte in der Tendenz zwar wenig Überraschendes, in dem Ausmaße jedoch äußerst Bezeichnendes ermitteln: Die neun umsatzstärksten Rüstungskonzerne der Welt vermehrten den Börsenwert ihrer Unternehmen in wenigen Tagen akkumuliert um schwindelerregende 22,8 Milliarden US-Dollar, oder 3,7 Prozent.

Der Großteil dieser Zuwächse (20,7 Milliarden Dollar) fällt – verständlicherweise – auf die fünf größten US-Rüstungskonzerne: (...) Lockheed Martin, Boeing, Raytheon, Northrop Grumman und General Dynamics (die britische BAE Systems auf Platz sechs der weltweiten Rüstungscharts hat immerhin um 670 Millionen Dollar oder 3,7 Prozent zugelegt; die italienische Leonardo um 189 Millionen Dollar (3,0 Prozent) und die französische Thales Group um 426 Millionen (2,2 Prozent)).

In absoluten Zahlen führt Lockheed Martin – der mit weitem Abstand umsatzstärkste Rüstungskonzern der Welt, der unter anderem die Hellfire-Raketen der Predator-Dohne fabriziert – mit einem Zuwachs von mehr als 6,7 Milliarden US-Dollar diese unrühmliche Liste an. In relativen Zahlen steht Northrop Grumman – bekannt für seine B-2-Tarnkappenbomber – mit 9,3 Prozent Zuwachs ganz oben: Etwas Säbelrasseln des US-Präsidenten

### Mitgliederversammlungen im März

Die Mitgliederversammlungen finden im Roten Zentrum, Lange Geismarstr. 2, statt.

**MV Dienstag, 03. März, 20:00 Uhr**

**Bericht vom Parteitag der DKP**

**MV Dienstag, 17. März 20:00 Uhr**

**Die Klima“katastrophe“ –  
menschengemacht?**

Gespräch mit Prof. Dr. Nina Hager, Berlin (ehem. stellvertretende Vorsitzende der DKP)

und seine illegale Hinrichtung eines iranischen Generals lassen den Börsenwert des Bomberproduzenten in wenigen Tagen um fast ein Zehntel in die Höhe schießen. (...)

„Unser Unternehmen hat 2019 eine außergewöhnliche Performance erreicht. 2020 werden wir uns darauf konzentrieren, unseren Kunden innovative globale Lösungen anzubieten und langfristigen Wert für unsere Aktionäre zu generieren.“  
Marillyn A. Hewson, Chairman, President and Chief Executive Officer of Lockheed Martin Corporation

### Die DKP

#### fordert von der Bundesregierung:

- **Absage der deutschen Unterstützung für „Defender 2020“: Keine US-Truppentransporte über bundesdeutsches Territorium!**
- **Ausweisung von US-Botschafter Grenell!**
- **Kündigung des Nordatlantikvertrags mit den Vereinigten Staaten von Amerika nach Art. 13 – das heißt: Raus aus der NATO innerhalb eines Jahres!**
- **Kündigung des Stationierungsvertrags ausländischer Streitkräfte in der BRD!**
- **Abzug der US-Atombomben aus Büchel!**
- **Abzug aller deutschen Truppen aus dem Ausland!**
- **Abrüsten statt Aufrüsten**

Termin vormerken!



**21. UZ-PRESSEFEST  
VOLKSFEST DER DKP**

**DAS FEST DES FRIEDENS  
UND DER SOLIDARITÄT**

**28. - 30. AUGUST 2020**

# GROBIAN GRONER BÜRGERINITIATIVE ANTIFASCHISMUS

- ☛ Kontakt unter 0551-93435 (Gunnar)
- ☛ Mail: grobian-grone.web.de
- ☛ Treffen: Donnerstags 20.00 Uhr, Jona-Gemeinde



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer  
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

## ▶ Monopoly auf dem Markt der Immobilienunternehmen – sicher mit Rückwirkungen auf den Wohnungsmarkt in Göttingen

in den vergangenen Jahren hat die Adler Real Estate in ihren Geschäftsberichten immer versichert, ihr Geschäftsfeld seien nicht die Großstädte mit ständig steigenden Immobilienpreisen. Die Adler Real Estate will sich auf B-Lagen mit sicheren Mieteinnahmen konzentrieren. Hier soll in Verdichtung und Dachausbau investiert werden.

### ADLER schluckt ADO ...

Jetzt verkünden die Börsenblätter ganz andere Nachrichten, denn die nächste Großfusion bei Immobilienaktien hat begonnen: Es ist erst vier Monate her, da stieg die auf Mietwohnungen in Nord- und Westdeutschland spezialisierte Adler Real Estate mit 33% bei der rein berliner „Wohn-AG ADO“ ein. Begründet wurde der Schritt mit der Verbesserung der Verschuldungsquote (ADO ist geringer verschuldet als Adler) und dem günstigen Preis für die Beteiligung, mit der Adler einen deutlichen Wachstumsfortschritt schaffe.

### ... aber ADO schluckt ADLER

Die „Immobilienzeitung“ meldete aber am 19. 12. 2019: Alle vorherigen Aussagen sind seit dieser Woche Makulatur: Statt Adler ist jetzt der Berlin-Spezialist ADO derjenige, der Adler schluckt und einen ADO-Adler-Gemeinschaftskonzern bilden wird. Dem Kapitalmarkt wird der Deal als „Schaffung einer führenden Wohnimmobilienplattform in Deutschland“ mit sich „hochgradig ergänzenden Geschäftsfeldern“ und einer breiten regionalen Präsenz schmackhaft gemacht. Die neu entstehende Einheit werde zur

drittgrößten Wohn-AG Deutschlands aufsteigen.

Inzwischen haben die Aktionäre ein „freiwilliges, öffentliches Übernahmeangebot“ bekommen, in dem „alle von den Aktionären gehaltenen Aktien im Verhältnis 1:0,4164 in ADO-Properties SA-Namensaktien umgetauscht werden können. (Die „großen“ Aktieninhaber haben dem bereits zugestimmt)

Man kann sich nicht recht vorstellen wie der neue Immobilienkonzern bei der Perspektive einer Mietpreisbremse in Berlin zu einem Schuldenabbau kommen will. Es liegt nahe, dass der Druck steigen wird, aus dem jetzigen Wohnungsbestand durch Mieterhöhungen mehr herauszuholen.

### Und Grone?

Ob und wann die seit 2017 in Grone angekündigten und immer wieder verschobenen Modernisierungen, Aus- und Neubauten unter diesen Bedingungen beginnen werden, steht in den Sternen, obwohl am Jahresende 2019 auf der AD-

LER-homepage noch das zweite Quartal 2020 als Baubeginn angekündigt war. (cs)

Zur Vorbereitung des bundesweiten Aktionstages wird am Samstag, 14. März, eine Fahrraddemo stattfinden und die derzeit „brennenden“ Orte des „Wahnsinns“ zu besuchen:

Um 12.00 Uhr wird diese an der Oberen Masch 10 starten und zum Nachbarhaus, Untere Mash 13 gehen, wo der Konzern Coreo derzeit „entmietet“. Danach geht's zur KasslerLandstraße, einer Immobilie von Basil, anschließend nach Grone Nord, (Vonovia) und abschließend zum Nachbarschaftszentrum Grone-Süd, wo auf die Modernisierung durch ADLER hingewiesen werden soll.

Wir trauern um

## Adrian Tammen

Adrian starb am 14. Februar kurz vor Vollendung seines 65. Lebensjahres und war bereits seit längerer Zeit krank.

Adrian war ein langjähriger Mitstreiter der Grobiane, war Anfang der 2.000-er ein unverzichtbarer Unterstützer der FILMFREUNDEGRONE bei den Sommerkino-Veranstaltungen und kandidierte für die Göttinger Linke zum Ortsrat Grone

Groner Bürger\*innenInitiative  
Antifaschismus

## Bündnis Gemeinsam gegen Verdrängung und #Mietenwahnsinn

Aktionen am 28.3.2020:  
Gemeinsam gegen Verdrängung  
und Mietenwahnsinn  
Achtet auf die Ankündigungen

## Winterkino Programm im Februar und März

20. März, 19.00 Uhr

## Schweizer Suffragetten\*

Drama, Komödie, CH 2017

Der Kampf um Frauenwahlrecht und gegen die alten Sitten.  
Eine Geschichte aus der Schweizer Provinz.



Starke Frauen



# DIE LINKE.

[www.die-linke-goettingen.de](http://www.die-linke-goettingen.de)

## Kreismitgliederversammlung

**Mittwoch, 11. März 2020, 19:00 Uhr**, Saal der Roten Hilfe, Lange-Geismar-2, Göttingen  
**Tagesordnung:**

1. Eröffnung und Begrüßung, Feststellung der Tagesordnung
2. Input- Referat Dr. Diether Dehm, MdB: Mit welchen 3 Themen kann DIE LINKE in die nächste Bundestagswahl gehen?
3. Sachstand Bürofinanzierung
4. Berlin-Fahrt im Mai
5. Revisionsbericht und Entlastung des KSR
6. Nachwahl Ersatzdelegierte Landesausschuss (Liste zur Sicherung der Mindestquotierung)
7. Berichte von Landesparteitag und Landesausschuss
8. Planungsstand Pflegekonferenz
9. Bericht Strategiedebatte
10. weitere Berichte

## 3. Ständige Pflegekonferenz des LV

**Samstag, 28. März 2020 in Göttingen, 11:00 bis 15:30 Uhr**, Holbornsches Haus, Rote Str. 34, Göttingen (*Informationen auf S. 8*)

## Kommunalpolitischer Arbeitskreis:

**Mittwoch, 25. März 2020, 19:00 Uhr** im Neuen Rathaus, Raum 1118

**Thema:** Schülerbeförderung – Regelung der Kosten für die Betroffenen

## Termine der Ortsverbände:

### OV Göttingen Mitgliederversammlung

**Montag, 30. März 2020, 19:00** im Foyer des Roten Zentrums,

**Thema:** Nachbereitung der DGB-Veranstaltung Wasserstoff- vs. Elektro-Mobilität vom 3. März. (Ankündigung auf Seite 8)

**VERANSTALTUNG des OV Göttingen mit der LeserInneninitiative der Tageszeitung „junge Welt“, unterstützt durch die VVN-BdA Göttingen,**

„Jedem das Seine!“ Das KZ Buchenwald – 75 Jahre Selbstbefreiung

**Freitag, 27. März, 19 Uhr** im Rote-Hilfe-Saal, Lange Geismarstr. 3

### OV Altkreis-Osterode Mitgliederversammlung

Termin bitte bei Ilyas Cangöz (vgl. Adressenspalte).erfragen!

### OV Bovenden Mitgliederversammlung

Nächsten Termin bitte bei Marius Fedry (vgl. Adressenspalte).erfragen.

### OV Dransfeld Mitgliederversammlung:

**Freitag, 13. März, 19:00 Uhr**, Tulpenweg 2 a, Keller, Dransfeld.

### OV Rosdorf und AG Antifa Gemeinsame Veranstaltung

„Strukturen der rechtsextremistischen Szene im ländlichen Raum– Schwerpunkt Südniedersachsen“

**Freitag, 20. März 2020, 17:00 Uhr** im Familienraum, Gemeinde Rosdorf, Lange Str.12

Referentin: Kristin Harney, Mobile Beratung Niedersachsen gegen Rechtsextremismus für Demokratie

## Arbeitskreise

### AG Antifa Treffen

**Mittwoch, 4. März, 18:00** im Foyer des Roten Zentrum

**Mittwoch, 18. März, 18:00 Uhr** im Foyer des Roten Zentrum

**Sonstige interessante Veranstaltungen siehe Seite 8**

## KV Göttingen/Osterode

Lange Geissmarstraße 2, 37073 Göttingen

Tel.: 05 51 - 29 14 05 46

[kreisverband@die-linke-goettingen.de](mailto:kreisverband@die-linke-goettingen.de)

### Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Anfragen an: [kreisverband@die-linke-goettingen.de](mailto:kreisverband@die-linke-goettingen.de))

### Jugendverband [;solid]:

Mail: [solid\(at\)solid-goettingen.de](mailto:solid(at)solid-goettingen.de) und bei facebook

Homepage: <https://solid-goettingen.de/>

### Ortsverbände:

#### OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:

[ortsverband@dielinke-goettingen.de](mailto:ortsverband@dielinke-goettingen.de)

#### OV Rosdorf

Bettina Weigert, Tel. 0175-1948368

[rosdorf@dielinke-goettingen.de](mailto:rosdorf@dielinke-goettingen.de)

#### OV Bovenden

Marius Fedry, Tel. 0159 01282354

#### OV Altkreis Osterode

Ilyas Cangöz

[kreis.osterode@die-linke-goettingen.de](mailto:kreis.osterode@die-linke-goettingen.de)

#### OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,

37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,

[dransfeld@dielinke-goettingen.de](mailto:dransfeld@dielinke-goettingen.de)

#### OV Hann. Münden

E-Mail: [Hann.Muenden@die-linke-goettingen.de](mailto:Hann.Muenden@die-linke-goettingen.de)

## Zusammenschlüsse:

### Ökologische Plattform:

Eckhard Fascher, Tel. 01523 2077973

Festnetz: 0551-40137061

[eckhardfascher@web.de](mailto:eckhardfascher@web.de)

### AG Antifa

[ag-antifa@die-linke-goettingen.de](mailto:ag-antifa@die-linke-goettingen.de)

### AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,

Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,

E-Mail: [ag-gb@dielinke-goettingen.de](mailto:ag-gb@dielinke-goettingen.de)

### AG Frauen

Britta Schmerling, Tel. 0551-486538

### Sozialistische Linke

Dietmar Reitemeyer

E-Mail: [SL-Goettingen@web.de](mailto:SL-Goettingen@web.de)

### Kommunistische Plattform

Peter Strathmann,

E-Mail: [walter.noobsch.kpf@gmx.de](mailto:walter.noobsch.kpf@gmx.de)

## Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Elvira Kalusa,

E-Mail: [rlc-goettingen@rls-nds.de](mailto:rlc-goettingen@rls-nds.de)

<http://nds.rosalux.de/> und bei facebook.

## Spendenkonto KV Göttingen

Volksbank Kassel Göttingen eG

IBAN DE08 5209 0000 0047 3038 00

# DIE LINKE. Kreistagsinfo aktuell

Nr. 19 - Januar 2020

## EDITORIAL

Im Mittelpunkt der Debatte stand die Verabschiedung des Doppelhaushalts 2020/21, zu dem unsere Gruppe wie üblich einige Änderungsvorschläge unterbreitete. Damit sind die letzten Haushaltsberatungen in dieser Wahlperiode abgeschlossen. Wie gewöhnlich sorgten unsere Anträge für Polemik oder heftige Abwehrreaktionen, etwas woran wir bereits gewöhnt sind.

Fraktion DIE LINKE. im Kreistag  
 Kreishaus, Zi. 66  
 Reinhäuser Landstr. 4  
 37083 Göttingen  
 Tel 05 51-525 2108

dielinke@landkreisgoettingen.de  
 dielinke-goettingen.de/kreistag

## TOP 12 – Lernort für Erinnerung und Demokratie

Nach dem Vorbild eines vergleichbaren Projektes in Hannover stellte unsere Gruppe den Antrag, in der BBS II in Göttingen einen Lernort für Erinnerung und Demokratie zu schaffen. Gerade bei den aktuellen Angriffen auf die demokratischen Grundwerte unserer Gesellschaft ist die Auseinandersetzung mit der Deutschen Geschichte sehr wichtig. Was uns fehlt, ist ein Ort, an dem die Auseinandersetzung mit aktuellen Entwicklungen stattfinden kann.

Die Ausflüchte der Verwaltungsgruppe SPD/ Grüne/FWLG waren dann uneinheitlich und reichten von „wir geben schon genug Geld aus“ bis „das kriegen wir in Göttingen nicht hin“. Da eingestanden wurde, dass das Konzept an sich gut sei, mussten dieser Ausflüchte dann als Grund für die übliche Ablehnung herhalten.

## TOP 13 – Harmonisierung des Schülertransports

Im Rahmen der Kreisfusion wurden die Bestimmungen für den Schülertransport vereinheitlicht, dabei wurde die Grenze, ab der eine kostenlose Beförderung bewilligt wird, im Kreisteil Göttingen heraufgesetzt. Dies betrifft u. a. Duderstädter Orte sowie in Göttingen den Holtenser Berg und die Zietenterassen. Hier hatte die CDU zuerst Bedenken aufgegriffen, die von uns geteilt werden. Von Seiten der verwaltungsnahen Kreistagsgruppe war im Schulausschuss sehr wenig zu hören, im Kreistag nur Polemik. Im Schulausschuss gelang es auch durch den engagierten Redebeitrag von Eckhard Fascher, den weitaus größten Teil der sachverständigen Bürger zu überzeugen, so dass hier eine Mehrheit zustande kam, im Kreistag reichte es trotz der Unterstützung der FDP natürlich nicht. Die Schülerbeförderungssatzung gehört insgesamt auf den Prüfstand.

## TOP 18 – Doppelhaushalt 2020/2021

Wie üblich gab es zwischen der CDU und der verwaltungsnahen Gruppe keine wirklichen Kontroversen, obwohl diesmal die CDU den Haushalt ablehnte. Sie forderte die Senkung der Kreisumlage, stattdessen hatte die Verwaltung ein Investitionsprogramm vorgeschlagen und eine Reduzierung der Personalkosten ohne mitteilen zu können, wo diese erfolgen kann. Am Schluss der seltsam lustlosen Debatte bedauerte der Landrat, dass die CDU diesmal nicht gewillt war, einen gemeinsamen Haushalt zu verhandeln. In der neuen Wahlperiode wird dies sicher dann wieder klappen.

Als einzige wirkliche Opposition stellte unsere Gruppe zahlreiche Änderungsanträge, die aber – wie üblich – abgelehnt wurden. Dabei ging es vor allem um die Erinnerungskultur, eine Ausweitung des Investitionsprogramms und eine deutliche Erhöhung der Mittel für die Tarifreform des ÖPNV. Daraufhin wurde uns die Instrumentalisierung der Erinnerungskultur vorgeworfen. Sachlich wurde demgegenüber von unseren Rednern Hans-Georg Schwedhelm, der darauf hinwies, dass es bei der Erinnerungskultur nur um geringe Summen gehe, und Eckhard Fascher unsere Änderungsvorschläge vorgetragen.

Dieser verwies auch darauf, dass das Benehmen mit dem Personalrat zum Stellenplan nicht hergestellt wurde, so dass wir eine zusätzliche Stelle im Hauptamt zur Bewertung der Stellen forderten, da dieses hoffnungslos überlastet ist und eine weitere halbe Stelle zur Umsetzung der Charta der Vielfalt.

## TOP 20 – Abschluss eines weiteren Tarifvertrages nach der Fusion

In unserem Antrag wurde gefordert, im Nachgang der Kreisfusion einen neuen Tarifvertrag auszuhandeln, da bei der derzeitigen Regelung über 2021 hinaus kein Kündigungsschutz mehr besteht. Aus Sicht der Verwaltungsgruppe ist dagegen alles bereits „optimal geregelt“, demzufolge wurde unser Antrag abgelehnt.

## TOP 34.1 – Anfrage Stromsperrn

Hartz IV-Empfänger, andere Transferleistungsbezieher und Geringverdiener gehören zu denen, die real von Stromsperrn bedroht sind, obwohl eine Versorgung mit Strom zu den Grundbedürfnissen gehört. Im Hartz IV-Regelsatz etwa sind lediglich 38,32 € für „Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung“ vorgesehen, also nicht nur für Strom allein.

Demgemäß stellte unsere Gruppe eine Anfrage zu Stromsperrn. Der Landkreis Göttingen ist einerseits Leistungsträger für SGB-Leistungen, andererseits kommunaler Gesellschafter der EAM und der HarzEnergie. Die Zahl der Fälle, in denen der Landkreis als Transferleistungsgeber Hilfe leistete, wurde von der Verwaltung auf gut 400 von rund 10.000 Hartz-IV-Haushalten und rund 50 im Bereich der Sozialhilfe in den letzten beiden Jahren beziffert.

Auf die meisten unserer Fragen konnte von der Verwaltung jedoch bisher nicht geantwortet werden, da noch Rücksprachen mit den Netzbetreibern erforderlich seien.

Zu den Maßnahmen, welche der Landkreis ergreift, um Stromsperrn vorzubeugen, wurde die Direktzahlung der Stromabschläge an die Energieversorger genannt, mit denen regelmäßig Kontakt aufgenommen werde. Bei größeren Stromschulden würden Darlehen gewährt.

Interessant für Betroffene dürfte der Hinweis sein, dass Leistungsbezieher und Geringverdiener eine kostenlose Energieberatung in Anspruch nehmen können, bei der auch ein Kühlgerätegutschein über 100 € erhalten werden könne.

Über die noch unbeantwortet gebliebenen Fragen werden wir dann hoffentlich in Kürze informieren können.

## TOP 34.3 – geplantes Gewerbegebiet AREA 3 – Ost / Nörten-Hardenberg

Nördlich der Gemeinde Bovenden soll in Kürze das nächste große Flächenversiegelungsprojekt gestartet werden. Die Verwaltung sieht jedoch nicht, dass der Landkreis Göttingen hier betroffen wäre, obgleich das Projekt direkt an der Kreisgrenze realisiert werden soll und hat demzufolge keine Stellungnahme abgegeben.



### ► Brisant: Landesparteitag und Umgang mit der SPD

Unser diesjähriger Landesparteitag am 15. Februar war eigentlich weitgehend Routine und es gab keine auffallenden inhaltlichen Konflikte. Schon der Leitantrag sollte nicht Leitantrag heißen, sondern lediglich Antrag des Landesvorstandes. „Zwischenbilanz und Ausblick“. Es ging nun mal nicht um die Formulierung eines neuen Wahlprogrammes, weil zur Zeit keine Wahl ansteht. Aber ein Dringlichkeitsantrag hatte es dann

in sich. Wir dokumentieren unten die Pressemitteilung, die daraus resultierte. Dürfen wir uns so weit in die Personalien der SPD einmischen? Wollen wir riskieren, als scharfe Kritiker der SPD für eine rot-rot-grüne Koalition konsequenterweise nicht mehr in Frage zu kommen?

Wir beziehen klar Stellung: Es gibt immer noch das alte Personal in der SPD, die Agenda-2010-Seilschaften, die die Bundesrepublik für das Kapital wunsch-

gemäß zugerichtet haben. „Wir haben einen der besten Niedriglohnsektoren aufgebaut, den es in Europa gibt“, so Schröder 2005 in Davos. Auch Olaf Scholz gehört zu dieser Seilschaft. Und wo er sitzt, geht es gegen die Interessen der Mehrheit, wird Bankenmacht gepöppelt und werden Parlamente belogen. Neue Impulse der neu gewählten SPD-Parteivorsitzenden werden durch diese Seilschaften torpediert und wo sie noch im Tagesgeschäft zugelassen werden, richten sie Zerstörung an.

Gehört es nicht sogar zur Glaubwürdigkeit unserer Partei, uns genau hier, und auch bei diesen Personalfragen, einzumischen? Denn dem Widerstand gegen Hartz IV und Agenda 2010 verdankt DIE LINKE ihre Existenz als eine in Ost und West stark vertretene Partei. *esch*

Pressemitteilung des Landesverbandes Niedersachsen vom 20. Februar 2020:

### ► Herr Scholz, bitte treten Sie zurück!

„Laut Medienberichten hat die Finanzbehörde Hamburg 2016 Steueransprüche von 47 Millionen Euro der Stadt Hamburg für das Steuerjahr 2009 gegenüber der Privatbank M M Warburg, verjähren lassen“, sagt Lars Leopold, Landesvorsitzender der niedersächsischen LINKEN. „Die Wochenzeitung „Die Zeit“ und das NDR-Magazin „Panorama“ berichteten, der damalige Bürgermeister, Olaf Scholz (SPD), heute Vizekanzler, habe sich während des laufenden Verfahrens mit Ver-

antwortlichen der Privatbank getroffen, um die Lage zu erörtern. Der Hamburger Senat hat hierzu eine entsprechende Anfrage vor 3 Monaten verneint.“

Diether Dehm, mittelstandspolitischer Sprecher im Bundestag ergänzt: „Es ist gut, dass unser Landesparteitag den Rücktritt von Olaf Scholz als Finanzminister gefordert hat. Wir fordern auch den neugewählten SPD-Vorstand auf, sich unseren Forderungen anzuschließen. Norbert Walter-Borjans ist auch wegen

seiner Unerbittlichkeit im Kampf gegen Steuerhinterziehung gewählt worden, ein starkes Zeichen gegen Cum-Ex und Bankenmacht würde jetzt nicht nur den Steuerzahlenden helfen, sondern auch verdeutlichen, dass die Sozialdemokratie eine Kehrtwende weg von Geschenken für die Reichen und Mächtigen gemacht hat.“

Lars Leopold sagt ergänzend: „Wir rufen am 23.02.2020 dazu auf, bei der Wahl zur Hamburger Bürgerschaft alle Stimmen der Linken zu geben, damit sie auch weiter den Finger in die Wunde solcher Machenschaften legen und das solidarische Hamburg von morgen erkämpfen kann.“

### ► Am 28. März gegen Pflegenotstand und gegen hohe Mieten!

An diesem Tag, einem Samstag, wird es in Göttingen gleichzeitig um die beiden tagespolitisch wichtigsten Kampagnen der LINKEN gehen. Wir bitten um Entschuldigung, dass beides am selben Tag stattfindet. Die Pflegekonferenz ließ sich nicht mehr anders terminieren. Es ist nun an diesem Tag hoffentlich für jede und jeden etwas dabei!

■ **Bundesweiter Mietenaktionstag. Von 13 bis 16 Uhr** auf dem Marktplatz Göttingen (siehe auch Artikel Seite 1).

■ **„3. Ständige Pflegekonferenz“.** Von 11 Uhr bis 15:30 Uhr im Hol-

bornschen Haus, Rote Str. 34, 37073 Göttingen. Barrierefreier Eingang über die Mauerstraße. Eintritt frei. Thema: **„Pflege im internationalen Vergleich - Gibt es Alternativen?“** Mit einem Input von Dr. Cornelia Heintze. Der sehr starke und breite Widerstand von zig-tausenden Pflegekräften in Niedersachsen hat dafür gesorgt, dass die Pflegekammer ins Wanken gekommen ist. Aber die Einrichtung der Pflegekammer ist ja nur eine Reaktion der Regierungsparteien auf den Pflegeaufstand, um die Pfleger\*innen zu beschäftigen. Worum geht es aber im Kern? Genau damit wird sich die Konferenz beschäftigen.

### Sonstige interessante Veranstaltungen:

#### DGB Göttingen:

#### Wasserstoff- vs. Elektro-Mobilität, die Zukunft der Automobilbranche und ihre Auswirkungen auf die Beschäftigten

Dienstag, 3. März 2020, 18.00

in der Alten Mensa am Wilhelmsplatz  
Referent\*innen: Prof. Dietmar Stalke (Göttingen), Dr. Hartmut Euler (Kiel), N.N. (IG Metall), Betriebsrat Mahr (angefragt)

#### Attac und Bündnis Bahn für Alle Buchvorstellung; „ Abgefahren. Warum wir eine neue Bahnpolitik brauchen “

mit Winfried Wolf, Autor von Sachbüchern zur Verkehrspolitik

Mittwoch, 25.. März 2020,  
19:30 Uhr im Buchladen Rote Straße,  
Nikolaikirchhof 7, Göttingen



# Rotes Zentrum e.V.

im Lieschen-Vogel-Haus · Lange-Geismar-Straße 2 · 37073 Göttingen

Mail: rotes-zentrum-goettingen@posteo.de

Unser Spendenkonto und das aktuelle Veranstaltungsprogramm senden wir auf Anfrage gerne zu



## ► „Helft den Gefangenen in Hitlers Kerkern!“

Die Rote Hilfe Deutschlands im antifaschistischen Widerstand ab 1933

Die Rote Hilfe Deutschlands (RHD) war schon in der Weimarer Republik eine große linke Solidaritätsorganisation mit etwa einer Million Mitgliedern. Nach dem Verbot im Frühjahr 1933 arbeiteten viele RHD-AktivistInnen, darunter auch auffallend viele Frauen, in der Illegalität weiter – teils in losen Zusammenhängen, teils in gut vernetzten Gruppen. Die Rote Hilfe sammelte Spenden für die zahllosen KZ-Häftlinge und ihre Angehörigen, klärte mit Flugblättern und Zeitungen über den NS-Terror auf und brachte politisch Verfolgte heimlich über die Grenze ins Exil, wo die EmigrantInnen von den Auslandsbüros der RHD versorgt wurden. Selbst nach der offiziellen Auflösung der Roten Hilfe Deutschlands im Jahr 1938 führten dezentrale Strukturen die Unterstützung für die Verfolgten fort. Mit dem Vortrag im Roten Foyer am 06. März 2020 soll der heute fast vergessene Widerstand der Roten Hilfe gegen den NS-Terror in Erinnerung gerufen werden.

Einen Schwerpunkt wird die Referentin Silke Makowski (Hans-Litten-Archiv) auf Personen und Zusammenhänge der lokalen Rote-Hilfe-Geschichte legen. So auf Siegfried (Friedel) Baruch. Friedel lebte mit seinen Eltern und vier Geschwistern in der Düsternen-Straße 10/11, seine Vater Abraham betrieb hier eine koschere Schlachtereier. Die Baruchs waren Angehörige einer niederländisch-deutschen Familie jüdischer Herkunft, die von 1901 bis 1933 in Göttingen lebten. Abrahams Enkelin Jet Baruch erinnerte sich bei einem Besuch Anfang der 2000er Jahre in Göttingen: „Seine jüdische Herkunft spielte für ihn keine Rolle mehr, er war assimiliert und Sozialist“. Friedel war seit 1930 aktives Mitglied der KPD, 1931 studierte er an der Universität Hamburger. Zusammen mit 11 weiteren kommunistischen Schulungsleitern wurde Baruch am 15.1.1932 in Hamburg festgenommen und zu 15 Monate Gefängnis wegen „hochverräterischen Maßnahmen“ verurteilt. Im März 1933

wurde er als „lästiger Ausländer“ in die Niederlande abgeschoben. Die Rote Hilfe in Amsterdam versorgte den mittellosen Genossen. Bis Anfang 1938 arbeitete Friedel Baruch für die Internationale Rote Hilfe, im Anschluss für die CPN, die Kommunistischen Partei der Niederlande und ihre Zeitung, das „Volkstageblatt“. Anders als vielen Mitgliedern seiner Familie gelang es Friedel Baruch sich vor den deutschen Besatzern mit falschen Papieren und mit Hilfe von Freund\*innen und Genoss\*innen zu verstecken.

Weitere Informationen zur Familie Baruch finden sich auf der Internetseite der Geschichtswerkstatt Göttingen:

<https://juedische-emigration.de/de/fallbeispiele/baruch.html>

Und nicht ganz zufällig findet der Kneipenabend mit Vortrag zur historischen Roten Hilfe im März

**Rotes Zentrum  
Veranstaltung im März**

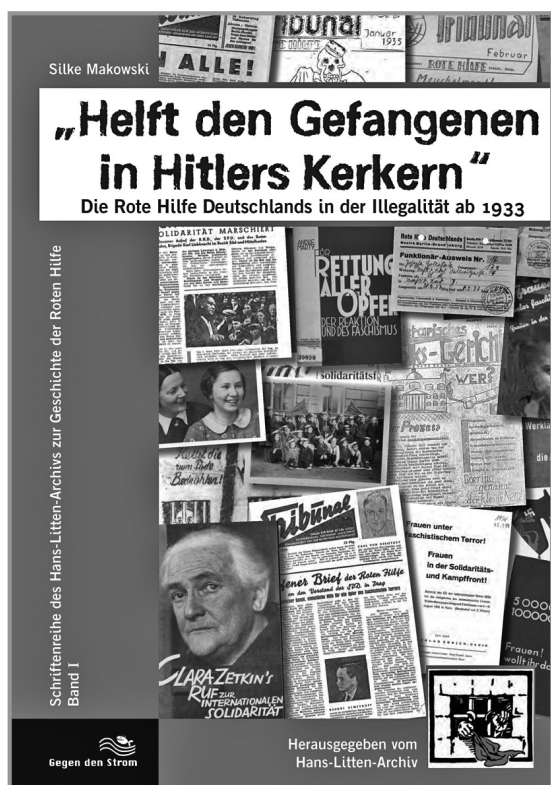
---

**Veranstaltung und  
Kneipenabend im März  
Vortrag mit Silke Makowski  
(Hans-Litten-Archiv)**

**Silke Makowski** ist Verfasserin der im September 2016 erschienenen Broschüre „**Helft den Gefangenen in Hitlers Kerkern!** – Die Rote Hilfe Deutschlands in der Illegalität ab 1933“, in der das Thema erstmals ausführlich behandelt wird. Der Vortrag und Kneipenabend werden ausgerichtet vom Verein zur Förderung antifaschistischer Kultur e.V. und der Rote-Hilfe-Ortsgruppe Göttingen in Kooperation mit dem Hans-Litten-Archiv.

**Freitag, 6. März 2020  
18 Uhr im Roten Foyer  
Lange-Geismar-Straße 2, Göttingen**

statt. Ein Blick soll auf den bevorstehenden 18. März geworfen werden. Dieser wurde 1996 als „Kampftag für die Freiheit der politischen Gefangenen“ von der Initiative Libertad! ausgerufen und wird seither von der Roten Hilfe und vielen Gruppen der radikalen Linken begangen. Bundesweit finden Veranstaltungen, Kundgebungen und Demonstrationen statt. In den zurückliegenden Jahrzehnten sind vor allem Genoss\*innen aus türkischen und kurdischen Organisationen von Gefängnisstrafen in Deutschland betroffen. Seit dem G20-Gipfel vor 2 ½ Jahren in Hamburg rückt die Knast-Realität wieder stärker in den Horizont der deutschen Linken. Die Härte der sozialen Kämpfe in Frankreich oder die Befugnisse der neuen Polizeigesetze in Deutschland lassen erahnen, dass Haft und Gefängnis für die Linke kein Gipfelphänomen bleiben wird. Das gewichtige Thema des Vortragsabends im Roten Foyer am 6.3.2020 wird aufgelockert durch Biere, Limonaden und Kneipenstimmung. Rotfront. **Shalom und willkommen!**





Wähler\*innengemeinschaft

# Göttinger Linke

[sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de](mailto:sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de)

KomPol AK:

## ► Diskussion zu Straßenausbaugebühren

Entgegen der ursprünglichen Planung beschäftigte sich der Kommunalpolitische Arbeitskreis aufgrund der Krankheit der ursprünglichen Hauptreferentin mit dem Thema Straßenausbaugebühren. Diese stehen seit längerem in der Kritik. Sie werden dann von den Hauseigentümer\*innen erhoben, wenn ihre jeweilige Straße ausgebaut werden muss, ohne dass sie selbst auf Durchführung und Zeitpunkt Einfluss haben. Schnell sind dann auch mal 15.000 Euro fällig, die für Wohnungskonzerne praktisch nichts sind, für Einzelne aber eine existenzielle Bedrohung sein können, die auch dazu führen kann, das eigene Wohneigentum verkaufen zu müssen.

Der aktuelle Antrag von CDU und FDP im Göttinger Stadtrat, die Straßenausbaugebühren sofort abzuschaffen, hatte im Vorfeld des KomPol AK erhebliche Diskussionen innerhalb der GöLinken zur Haltung der Ratsfraktion ausgelöst. Diese hatte in einem Änderungsantrag eine Behandlung der Eigentümer entsprechend ihres Einkommens und die Abfederung von sozialen Härten gefordert, aber eben nicht die (sofortige) Abschaffung der Gebühren.

Gerd Nier führte als ehemaliges Ratsmitglied in das Thema ein. Er legte dabei den Fokus vor allem auf die Landesebene. In Thüringen hat das Landesparlament mit den Stimmen von rot-rot-grün die Abschaffung gegen die CDU beschlossen. In Niedersachsen gibt es noch keinen Beschluss zu den Gebühren, was zu erheblicher Unruhe unter den Bürgerinnen und Bürgern führen würde. So ist gleichsam ein Flickenteppich entstanden, da einzelne Gemeinden wie Friedland die Gebühren abgeschafft und dafür die Grundsteuer B erhöht haben, andere wie Göttingen nicht. Die Grundsteuer B ist von den Hauseigentümern zu entrichten und kann auf die Mieter umgelegt werden. Ihre Einnahmen hatten in der Stadt Göttingen, die einen durchschnittlichen Hebesatz aufruft, 2018 immerhin 27,3 Mio. Euro betragen, während auf die Straßenausbaugebühren geschätzt lediglich zwischen 700.000 und eine Mio. Euro entfallen.

Edgar Schu betonte die besondere Härte der Straßenausbausatzung für Einzelne, dies betraf beispielsweise den Plesseweg, wo vor allem Menschen mit selbst genutztem Wohneigentum leben. Im Kommunalwahlkampf 2016 hatte sich die Göttinger Linke auch für eine Abschaffung ausgesprochen.

Eine Abschaffung auf Stadtebene in Göttingen zum jetzigen Zeitpunkt wurde aber in der Diskussion von Einzelnen aufgrund der Einnahmeausfälle kritisch gesehen, zumal eine Erhöhung der Grundsteuer B als Kompensationsmaßnahme auch zur Erhöhung der Miet-Nebenkosten führen würde, was wegen der Mehrbelastung der Mieter nicht akzeptabel ist. In der Diskussion wurde daher auch die Forderung nach der Streichung der Umlagemöglichkeit der Grundsteuer B auf die Nebenkosten erhoben.

In der Diskussion wurde vor allem auf die Landesebene verwiesen. Dabei wurde grundsätzlich die Haltung des Landesverbandes der LINKEN begrüßt, der die Abschaffung auf Landesebene fordert. In einer Presseerklärung vom 15. Mai wurde auf die Existenzbedrohung vieler Bürger\*innen durch die plötzliche Fälligkeit der Straßenausbaubeiträge hingewiesen. Der Ausbau und die Sanierung von Straßen wird als „klassische, staatliche Aufgabe“ gesehen, die nicht über Gebühren finanziert werden sollte. Es wird aber deutlich gemacht, dass die Abschaffung nicht zu Lasten der Kommunen gehen darf und eine Finanzierung aus allgemeinen Steuermitteln solidarischer ist.

Christa Siebecke, die die Göttinger Linke im Jugendhilfeausschuss vertritt, informierte zur Diskussion um die gerade im Ausschuss beschlossene neue Gebührensatzung zu den Kita-Gebühren. Mit einer neuen siebten Beitragsstufe für Gutverdienende und einer Entlastung für die unteren Beitragsstufen wurde immerhin eine bessere Sozialverträglichkeit der Gebühren erreicht, was im KoAK allgemein begrüßt wurde.

Eigentlich fordern wir die komplette Abschaffung der Kita-Gebühren auch für die Krippe, da schon aus pädago-

## Kontakte:

Wähler\*innengemeinschaft  
Göttinger Linke

Rotes Zentrum,  
Lange Geismarstraße 2  
37073 Göttingen  
[www.goettinger-linke.de](http://www.goettinger-linke.de)  
E-Mail: [sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de](mailto:sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de)

### SprecherInnenkreis:

Thomas Bahrs, Dr. Eckhardt Fascher,  
Oliver Preuß, Bärbel Safieh,  
Dr. Christian Schüler, Christa Siebecke

### Kassierer:

Gunnar Siebecke

### Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)  
Hiroshimaplatz 1-4  
37083 Göttingen  
Telefon: 0551- 400 2347

[GoeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de](mailto:GoeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de)

### Fraktionsmitarbeiter:

Udo Trost

### Öffnungszeiten des Büros:

Mo. 09:00 – 12:30 Uhr  
Mi. 14:00 – 17:00 Uhr  
Do. 13:00 – 17:00 Uhr

### Fraktionssitzung:

Mittwoch 17.00 Uhr (öffentlich)

### Mandatsträger:

Rolf Ralle (Fraktionsvorsitzender)  
Bärbel Safieh  
Edgar Schu

## Kommunalpolitischer Arbeitskreis:

**Mittwoch, 25. März 2020, 19:00 Uhr  
im Neuen Rathaus, Raum 1118**

Thema: **Schülerbeförderung –  
Regelung der Kosten für die Betrof-  
fenen**

gischen Gründen möglichst viele Kinder diese besuchen sollten. Auch könnte so die Möglichkeit der Berufstätigkeit für Frauen verbessert bzw. Familien entlastet werden. Letztendlich bedarf es auch hier einer landesweiten Regelung, eine sofortige Abschaffung auf Stadtebene könnte Göttingen nicht finanzieren.

Leider sind die Kommunen auf solche Gebühren angewiesen, sie haben einfach zu wenig Einnahmen. Seit langem fordert die Partei DIE LINKE auf allen Ebenen immer wieder einen höheren Anteil der Kommunen am Gesamtsteueraufkommen und eine generell bessere finanzielle Ausstattung. Dies findet sich auch im aktuellen Programm der GöLinken wieder und wird auch bei der Diskussion um das neue Programm zur Kommunalwahl 2021 ein wichtiger Themenkomplex sein.



## Göttingen schaut hin!

### Meldestelle gegen Aktivitäten von Neonazis einrichten

Wir hatten ja schon in der letzten Ratssitzung angekündigt, dass wir das Thema Neonazis in Göttingen hier einbringen werden. Wie notwendig das ist, haben wir erst Ende Januar gesehen, als der Jahrestag der Befreiung von Auschwitz begangen wurde. Wir haben in den Nachrichten die Zusammenfassung der Rede des Bundespräsidenten im Bundestag gesehen und waren etwas entsetzt über die Ohnmacht die diese Zusammenfassung ausstrahlte. Herr Steinmeier hat eine Menge dieser Ungeheuerlichkeiten, mit denen wir heute zu tun haben, aufgezählt. Es ist auch richtig, dass wir uns das immer wieder ins Gedächtnis rufen. Aber allein bei der Aufzählung dieser heute wieder aufkommenden Ungeheuerlichkeiten kann es doch nicht stehen bleiben. Es hilft auch nicht der allgemeine Appell an die Zivilcourage und „Rückgrat zeigen“.

Wir haben hier in Göttingen zum Glück eine recht breit aufgestellte Zivilgesellschaft, die sich den Nazis entgegenstellt, wenn sie aus der Deckung kommen. Dass die Neonazis hier in Göttingen bisher kein Bein an den Boden bekommen ist nicht der Verdienst der Politik der Stadt. Da sehen wir noch reichlich Luft nach oben. Das fängt damit an, dass man die Aktivitäten der Neonazis als Problem erkennt. Bisher hat man das Gefühl, es wird zugesehen und dann der Polizei überlassen. Die Probleme erkennen heißt aber zuerst einmal: zu wissen, was überhaupt hier passiert. Wir meinen damit nicht den spektakulären Einzelfall, über den wir regelmäßig vom Gerichtsreporter in der Zeitung lesen. Sondern, hier eine Schmiererei mit Naziparolen und –Symbolen, dort eine Pöbeleie, rassistische Übergriffe, mit Sieg Heil und Hitlergruß durch die Stadt etc. Wenn diese Leute dann das Gefühl haben, das kostet ja alles nichts, dann werden sie auch mutiger. Dann passieren diese Brandanschläge auf ein Wohnprojekt, oder das Lösen von Radmuttern an Autos vor anderen Wohnprojekten. Das eskaliert dann in eine Richtung, die wir hier nicht weiter ausmalen wollen.

Vielmehr wollen wir uns mal ausmalen, was die Stadt denn dagegen machen kann, darum unser Antrag für eine Meldestelle für Aktivitäten von Neonazis, angelehnt an dem in Hessen bestehenden Projekt der Bildungsstätte Anne Frank: Hessen schaut hin! Aus einem solchen Projekt lassen sich durchaus Schlüsse ziehen: wo tauchen mit wem welche faschistischen oder rassistischen Probleme auf? Und wie gehen wir diese dann an? Ein Beispiel: Aus dem Haus einer Studentenverbindung gegenüber der Stadthalle wurden immer wieder Vorkommnisse gemeldet. Dort wohnte auch Lars Steinke, der ehemalige niedersächsische Landesvorsitzende der Jung-AFD. Es gab dort Probleme mit Nachbarn, mit Linken, mit Taxifahrern, mit der Polizei wegen Schlägereien, Beleidigungen, Hitler-Geburtstagsfeiern etc. Mit einer Meldestelle ließe sich so ein Hotspot viel früher erkennen. Die Polizei kennt das Instrument der sogenannten „Gefährderansprache“, warum sollte die Stadt bei solchen Auffälligkeiten nicht die Eigentümer ansprechen? Die sind zwar auch oft auf derselben Wellenlänge wie ihre Füchse, nur Probleme wollen sie dafür nicht haben. Die alten Herren haben das Verbindungshaus an der Stadthalle inzwischen geschlossen und die Truppe um Lars Steinke erstmal auseinandergebracht und verunsichert.

Ein kleiner, aber nicht zu unterschätzender Beitrag den die Stadt schnell leisten kann: Naziparolen und –Symbole an öffentlichen Gebäuden werden spätestens 48 Stunden nach Bekanntwerden vom Stadtreinigungsdienst entfernt. Wir greifen damit eine Forderung des „Verband jüdischer Studierender“ am 9.11. letzten Jahres am Mahnmahl für die Opfer des NS, auf. Wenn wir nicht nur schöne Sonntagsreden hören und halten wollen, dann muss das zügig umgesetzt werden.

*Der Antrag wurde den Ausschuss für allgemeine Angelegenheiten überwiesen.*

## Kontaktdaten

**Fraktion Göttinger Linke  
im Rat der Stadt Göttingen**  
 Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)  
 Hiroshimaplatz 1-4  
 37083 Göttingen  
 Telefon: 0551- 400 2347  
[goeLinke-  
Ratsfraktion@goettingen.de](mailto:goeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de)

**Fraktionsmitarbeiter:**  
 Udo Trost

**Öffnungszeiten des Büros:**  
 Mo: 9:00 – 12:30 Uhr  
 Di: 13:00 - 17:00 Uhr  
 Mi: 14:00 – 17:00 Uhr  
 Do: 13:00 – 17:00 Uhr

# ► Thüringenwahl und die Folgen

von Eckhard Fascher

Am 20. Februar läuft ein bisher unauffälliger Mann in Hanau Amok und tötet neun Menschen türkischer und südosteuropäischer Herkunft.

Am 5. Februar wurde für Außenstehende überraschend der FDP-Politiker Thomas Kemmerich mit den Stimmen von CDU und AfD im dritten Wahlgang mit relativer Mehrheit gegen Bodo Ramelow zum Ministerpräsidenten gewählt und nahm die Wahl an.

Was haben beide Ereignisse miteinander zu tun?

- Auf Grund der Rolle der AfD haben Nazis und Faschisten wieder Oberwasser bekommen. Sie fühlen sich gesellschaftlich anerkannt. Die Gewaltbereitschaft wächst.
- Die deutsche Gesellschaft befindet sich in einem grundlegenden Konflikt. Dieser Konflikt hat viel mit der deutschen Vergangenheit zu tun, natürlich auch mit dem, was am 8. Mai vor 75 Jahren von außen beendet wurde, allerdings nicht nur.

Es geht letztendlich um den dauerhaften Konflikt zwischen denjenigen, die für eine Liberalisierung der Gesellschaft eintreten und denjenigen, die an traditionellen Normen festhalten wollen. Wie sahen die gesellschaftlichen Zustände noch Mitte der 1960er Jahre, zwanzig Jahre nach der Befreiung vom Faschismus in Deutschland aus:

- Das „In-Schande-Fallen“ als gesellschaftliche Ächtung lediger alleinstehender Mütter und ihrer Kinder.
- Kein Sex vor der Ehe als Leitbild, kaum mögliche Scheidung.
- Das traditionelle Familienbild, das den Mann als Familienoberhaupt sah und von Ehefrauen Gehorsam gegenüber ihren Männern erwartete. Damit verbunden die massive, auch rechtliche Diskriminierung von Frauen am Arbeitsplatz.
- Das elterliche Züchtigungsrecht und das Prügeln in der Schule.
- Die Diskriminierung und strafrechtliche Verfolgung Homosexueller.
- Die Beurteilung von Menschen nach ihrer Herkunft, verbunden mit einer massiven Diskriminierung von Migranten und kaum mögliche Einbürgerung von hier lebenden Menschen ohne deutsches Elternteil, insbesondere ohne deutschen Vater.
- Die massive Diskriminierung von deutschen Minderheiten wie Juden oder Sinti.

- Die grundsätzliche Gegnerschaft zu Menschen anderer Nationalitäten.
- Verherrlichung des Militärs als Schule der Nation, Diskriminierung von „Ungehobenen“.

Diese Zustände sind im Nationalsozialismus nur besonders mörderisch umgesetzt und erst seit 1968 nach und nach vor allem gegen den ursprünglichen Widerstand der Unionsparteien überwunden wurden.

Auch wenn viele aus dem rechten Spektrum sich selbst nicht unbedingt mehr an allen diesen Normen orientieren, spukt dennoch vieles von einer früheren, angeblich heilen Welt, die man verteidigen muss, in den Köpfen herum, dies ist die Klammer, die die AfD zusammenhält. Über diesen angeblichen „Werteverfall“ jammern aber nicht nur AfDler. Die heutige, weitgehende gesellschaftliche Freiheit ist von der 68er-Bewegung erkämpft worden und etwas, was weiterhin errungen und verteidigt werden muss.

## Folgen für die Parteien

Die „Werte“-Diskussion tobt vor allem auch in der Union, so dass es hier viele gibt, die eigentlich gern mit der AfD koalieren würden, wenn es denn die Mehrheit in den Parteien zulassen würde. Die Wahl Kemmerichs mit den AfD-Stimmen erscheint so nicht mehr ganz überraschend.

Der Tabubruch löste ein politisches Erdbeben aus, dessen Folgen bei Redaktionsschluss noch nicht endgültig absehbar waren:

Offensichtlich überrascht von den massiven gesellschaftlichen Protesten, ist Kemmerich bereits nach wenigen Tagen wieder zurück getreten und nur geschäftsführend ohne Minister im Amt. Bei Umfragen brechen CDU und FDP ein, zu Recht fragen sich die Bürgerinnen und Bürger, was Abgrenzungssprüche wert sind, wenn man sich aus machtpolitischem Kalkül zum Ministerpräsidenten wählen lässt.

Die Parteivorsitzende der CDU Kramp-Karrenbauer wirft das Handtuch, da sie offensichtlich in ihrer Partei nicht mehr ernst genommen wird, es droht ein dauerhaftes Abrutschen wie es bereits die SPD erlitten hat.

Die FDP droht in Hamburg an der Fünf-Prozent-Hürde zu scheitern, erst-



mals ist der Parteivorsitzende Christian Lindner nicht mehr völlig unangefochten.

In Thüringen verweigert sich die CDU (zumindest bei Redaktionsschluss) Neuwahlen. Selbst die ehemalige CDU-Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht, die überraschenderweise von den LINKEN als Übergangs-Ministerpräsidentin ins Spiel gebracht wurde, möchte dies aufgrund der Haltung ihrer Partei nach anfänglicher Bereitschaft nicht mehr.

Letztendlich scheint auch die CDU nach dem Rückzug ihrer Kanzlerin als Parteivorsitzende immer stärker ins Rutschen zu kommen. Durch die Dauer-Kanzlerin Merkel wurde vieles zusammen gehalten und Widersprüche übertüncht.

Da nun gleich beide früheren Volksparteien sich in einer existenziellen Krise mit offenem Ausgang befinden, erscheint die weitere Entwicklung der Parteienlandschaft völlig offen. Die Widersprüche unseres gesellschaftlichen und ökonomischen Systems werden immer offensichtlicher, wenn auch die Grünen als Modernisierer bereit stehen. Die Ökonomisierung in allen Bereichen mit ihren sozialen Verwerfungen und den Verschlechterungen der öffentlichen Einrichtungen erzeugt berechtigte Existenzängste, die von der AfD aufgegriffen und umgedeutet werden.

Hinzu kommt, dass zudem die Art und Weise wie vielfach ökologische Probleme angegangen werden, ebenfalls Ängste bei den Einkommensschwächeren schürt. Preissteigerungen bei Energie und Lebensmitteln bedeuten Einschnitte beim Lebensnotwendigen.

Hier bedarf es klarer Antworten: Die politische Linke muss sich für einen starken öffentlichen Sektor, eine gesellschaftliche Umverteilung von oben nach unten und die Wiedererrichtung des Sozialstaates einsetzen. Der notwendige sozialökologische Umbau muss auch arme Menschen mitnehmen. Verteuerungen beim Benzin und Fliegen müssen durch einen Ausbau des öffentlichen Verkehrs verbunden mit massiven Preissenkungen bis hin zu einem kostenlosen ÖPNV ausgeglichen werden.